

19. Wahlperiode

Dringlicher Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Annahme einer EntschlieÙung

Kulturkampf in der Bildungsverwaltung? Kahlschlag verhindern und zivilgesellschaftliche Strukturen stärken!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Am 20. Februar 2025 hat die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie diversen Projekten aus dem Bereich der Antisemitismus-Prävention, der Arbeit mit Geflüchteten, der politischen, queeren, intersektionalen und kulturellen Bildung sowie der Präventionsarbeit gegen häusliche Gewalt die Mittel zum 1. April 2025 entweder stark gekürzt oder komplett gestrichen. Dieses Vorgehen verurteilen wir aufs Schärfste und fordern die Bildungsverwaltung auf, die Entscheidungen sofort zurückzunehmen!

Statt bestehende Strukturen mit unermüdlichem Engagement und anerkannter Expertise zu stärken, wird der Kampf gegen Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit ausgebremst und grundsätzlich in Frage gestellt. Diese Entscheidung ist ein Schlag ins Gesicht aller, die sich seit Jahren und Jahrzehnten in teilweise prekären finanziellen und personellen Strukturen für unsere freiheitliche und vielfältige Demokratie in Berlin einsetzen.

Der Berliner Senat hatte angekündigt, dass der Kampf gegen Antisemitismus oberste Priorität genießen würde. Dieses Versprechen wird nun gebrochen. "Nie wieder" gilt offenbar nicht für die unverzichtbare Bildungsarbeit. Die Antwort des Berliner Senats auf den steigenden Antisemitismus ist die komplette Zerschlagung der über Jahre etablierten Arbeit durch die Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KIgA) und meet2respect. Das ist ein schwerer Fehler.

Es ist mittlerweile offensichtlich, dass die Auswahl der abzuwickelnden Projekte politisch motiviert ist und die notwendigen Einsparungen im Haushalt ein vorgeschobenes Argument sind. Streichungen, die zunächst in den Haushaltsberatungen oder in den Beratungen zum Nachtragshaushalt verhindert werden sollten, werden nun doch durch den Senat durchgedrückt. Das Berliner Parlament wird in dieser Entscheidung übergangen. Gleichzeitig

werden neue Projekte in denselben Themenbereichen in die Förderung gebracht, ohne deren fachlichen Mehrwert gegenüber den bestehenden Projekten begründen zu können.

Mit den Streichungen wird an vielen Stellen bewusst mit dem Koalitionsvertrag gebrochen. Dort heißt es etwa: „Die Koalition erhält die Fachstellen für queere und intersektionale Bildung.“ Diese werden nun zerstört. Und: „Der Queer History Month wird weiterentwickelt.“ Dieser wird nun abgeschafft. Und auch: „Angebote für queere Jugendliche wird die Koalition weiter ausbauen.“ Die Beratung für trans* und inter* Jugendliche wird nun gestrichen. Das ist ein Wortbruch gegenüber der queeren Community und ein Desaster für die Regenbogenhauptstadt!

Während die Bildungssenatorin im Ausschuss Respekt gegenüber den Trägern versichert, erfahren diese von den Kürzungen und Streichungen – wie bereits bei den Beratungen zum Nachtragshaushalt – teilweise aus der Presse oder per Mail. Das ist kein respektvoller Umgang. Eine fachliche Begründung zur den getroffenen Entscheidungen kann die Senatorin auch auf Nachfrage nicht geben. Zur Abwicklung der Projekte bleiben nur wenige Wochen, bestehende Arbeits- und Mietverträge müssen in weniger als eineinhalb Monaten gekündigt werden. Die Menschen in unserer Stadt und die Menschen, die in den Projekten arbeiten, werden hängen gelassen. So geht man nicht mit denen um, die sich tagtäglich für eine plurale Gesellschaft, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und den Schutz von vulnerablen Gruppen in Berlin einsetzen!

Die geplante Übernahme einiger weniger Projekte mit einer geringeren Fördersumme durch die SenASGIVA ist ein wichtiger erster Schritt einer versuchten Rettung, aber in der Summe nicht ausreichend. Es droht ein Sterben zivilgesellschaftlichen Engagements auf Raten. Das wird der Bedeutung der Projekte für unsere Stadt nicht gerecht. Der finanzielle Kahlschlag gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt in der Hauptstadt der Vielfalt und Freiheit und gefährdet Menschen, die von Antisemitismus, Rassismus, Queerfeindlichkeit oder anderen Formen der Diskriminierung betroffen sind.

Der Senat muss ein klares Zeichen für den Erhalt der Bildungsarbeit in diesen Bereichen setzen und die Förderung der Projekte durch die CDU-geführte Bildungsverwaltung komplett fortsetzen!

Berlin, den 25. Februar 2025

Jarasch Graf Krüger Walter
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen